

Der kurze Sommer der Bewegungsfreiheit

Die unerwarteten Ereignisse ab September dieses Jahres haben so einige Veränderungen mit sich gebracht: Das Dublin-System wurde aufgebrochen, Deutschland gilt plötzlich als Weltmeister der Herzen, was die Flüchtlingsaufnahme betrifft und eine Vielzahl an Helferinnen und Helfern heißen Flüchtlinge willkommen. Was aber steckt hinter der plötzlichen Aufnahmebereitschaft und was wird uns nach diesem Sommer der Bewegungsfreiheit erwarten? Eine kommentierte Zusammenfassung der letzten Monate.

Von Christian Jakob mit Bildern von Simon Andrae

Die größte Lüge dieser außergewöhnlichen Zeit war, dass die Grenze Ungarns in Richtung Österreich und Deutschland geöffnet wurde. Das Gegenteil war der Fall: Die, die die Grenzen für Flüchtlinge innerhalb Europas errichtet haben, versuchten mit aller Macht, sie geschlossen zu halten. Die dramatischen Szenen Anfang September am Budapester Bahnhof Keleti, der zum Symbol für die eskalierte Flüchtlingskrise wurde, mündeten nicht in eine Amnestie der Migrationskontrolle. Die Dublin-Grenze wurde aufgebrochen, nichts anderes. Es war die Stunde der Zurückweisung, der Demontage und Delegitimierung des europäischen Asylsystems. Als Merkel entschied, die Flüchtlinge aus Keleti nach Deutschland zu lassen, hat sie nur die Konsequenz aus einem politischen Notstand gezogen, den die Absurdität, die Ungerechtigkeit und die Menschenfeindlichkeit des Grenzregimes erst herbeigeführt haben.

Die Verneigung vor der Größe, die den Ereignissen von Keleti bei aller Verzweiflung innewohnt, gebührt denen, die es nicht akzeptiert haben, dass die Mächtigen in Kandahar und Asmara, in Damaskus, Rakka und Istanbul, in Berlin, Brüssel und London ihnen nichts weiter zugestehen mochten, als Unterwerfung, Elend, Vergessenwerden oder Tod. Ihr Lebensmut und ihre Kraft haben die Diktatoren, Dschihadisten und Warlords ebenso herausgefordert wie die Migrationsabwehr Europas. Keleti wurde zu einem Ort der Insubordination, des Ungehorsams und der Selbstbehauptung, der stärker war, als die Herrscher der mächtigen Staaten.

Jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung

Dass Merkel ihre „humanitäre Verantwortung“ erkannt hat, wie ihr viele mit großer Begeisterung attestiert haben – und wie sie selbst nahegelegt hat – ist möglich. Für die historischen Ereignisse von Keleti aber ist es unerheblich. In den Jahren zuvor hatte die Bundesregierung mehr als genug Gelegenheit, humanitäre Verantwortung für die Opfer von Krieg und Vertreibung zu zeigen. Doch sie tat nichts, als ab 2012 die Situation in den Lagern rund um Syrien immer dramatischer wurde. Sie blieb untätig, als ab Oktober 2013 die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer immer noch weiter anstieg. Sie ließ die kurdischen Menschen beim Kampf gegen die Dschihadistinnen und Dschihadisten des IS weitgehend im Stich, ebenso wie sie es bei der demokratischen Opposition in Syrien getan hatte, als diese noch halbwegs handlungsfähig war. Sie tat nichts, als in Griechenland und Italien die Lage für die ankommenden Flüchtlinge durch das Dublin-System immer unzumutbarer wurde – was, anders als in früheren Jahren irgendwann nicht mehr zu einem großen Teil den dortigen Regierungen anzulasten war.

Niemand, der bei Trost ist, kann annehmen, dass plötzliche Menschenfreundlichkeit der Lage in Keleti die entscheidende Wendung gegeben hat. Es ist der Bundesregierung schlichtweg zu gefährlich geworden, den politischen Notstand weiter zu ignorieren.

Aufnahme statt weiterer Eskalation

Das Dublin-System funktionierte bis Herbst 2014 in einer Weise, in der Deutschland davon profitierte. Ab dann aber vermochten einige Länder an den Außengrenzen es kaum noch durchzusetzen. Die Migrantinnen und Migranten selbst hatten es ohnehin unterlaufen, wo immer sie konnten. Langsam begann deshalb auch Berlin, eine Quotenregelung zu favorisieren. Ungarns brutaler Kurs wurde akzeptiert, denn er bot die Aussicht, auf EU-Ebene neue Regularien durchzusetzen, die die zunehmend unkontrollierte Migration nach Deutschland begrenzen könnten. Niemand kam deshalb auf die Idee, Orbán mit Sanktionen zu drohen, weil er der Meinung ist, Menschen- und EU-Recht habe für Migrantinnen und Migranten keine Gültigkeit. Die Konsequenzen dieser Politik aber liefen im Spätsommer 2015 aus dem Ruder.

Merkel und der österreichische Bundeskanzler Faymann hätten anders gekonnt. Sie trafen eine – die richtige – Entscheidung, aber es war keine Zwangsläufigkeit. Sie hätten auch zusehen können, wie Orbán die Flüchtlinge Richtung Balkan zurückschiebt oder auf sie schießen lässt. Wohl niemand vermag zu sagen, was genau dann geschehen wäre. Die wahrscheinlichste Folge wäre eine Destabilisierung von Ungarn bis zur Ägäis, womöglich irreparable Schäden für die EU und selbst deren partiellen Zerfall haben nicht wenige für möglich gehalten.

Die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Transit der Balkanroute, in einer Dimension wie Deutschland sie während der Jugoslawien-Kriege in den Neunziger Jahren bereits handeln gelernt hatte, schien da günstiger. Diese Eskalation wurde von den Flüchtlingen erzwungen und sie haben sich dabei in Lebensgefahr gebracht. Das Drama in Ungarn wurde zur Zäsur für die Migrations- und Menschenrechtspolitik insgesamt. Nach Keleti ist alles anders. Doch, und das ist die traurige Wahrheit über diese Zeit, ob es besser sein wird, ist fraglich.

Weltmeister der Herzen

Dieser kurze Sommer der Bewegungsfreiheit brachte einige Hunderttausend Menschen nach Deutschland. Ihre Zahl ist nur ein kleiner Bruchteil der Flüchtlinge, die in anderen Teilen der Welt, in halb oder ganz geschlossenen Lagern, in informellen Siedlungen, auf der Straße, im Transit, im Gefängnis sitzen.

Deutschland hat, global betrachtet, in dieser Zeit nicht mal seine lang angehäuften Schuld in Sachen Flüchtlingsaufnahme ausgeglichen. Dafür lässt es sich nun feiern als der Weltmeister der Herzen, der es immer sein will: Von der US-Regierung bis zu Passantinnen und Passanten im fernen Südamerika, die ihnen unbekannte Deutsche zur Menschlichkeit ihres Landes beglückwünschen. Dass dieses Land eine treibende Kraft bei der Abschottung Europas ist – egal. Das Spardiktat gegenüber Griechenland – vergessen. Die tatsächliche Aufopferung von Ländern wie Libanon – wen interessiert's?

Doch es ist nicht alles politisches Kalkül, Staatsmarketing und diplomatische Abwägung. Diese Zeit ist auch die eines kulturellen, eines substantiellen gesellschaftlichen Wandels. Die Zivilgesellschaft ist den Flüchtlingen mehr als je zuvor beigestanden. Flüchtlingsolidarität hat allen anderen sozialen Bewegungen den Rang abgelassen. Ihre Stärke hat nicht nachgelassen, sie kannte – bislang – keine Obergrenze, eher im Gegenteil. Fast scheint die Formel zu gelten: Je mehr Flüchtlinge, desto mehr Unterstützung.

Viele haben die *Bild* für ihre „Wir helfen“-Kampagne angegriffen. Die Frage aber, ob die Zeitung, die so oft Xenophobie befeuert hat, nun diskursmoralisch berechtigt ist, auch Flüchtlinge zu unterstützen, verschenkt den Blick auf das Großartige: Die *Bild* hilft Flüchtlingen aus dem gleichen Grund, aus dem sie alles tut, was sie tut: Weil sie glaubt, damit bei der Mehrheit der Gesellschaft gut anzukommen. Das ist das Wesen von Boulevardzeitungen. Meist hat die *Bild* mit dieser Annahme Recht. Das macht ihren Erfolg aus. Und es offenbart das absolut Außergewöhnliche dieser Zeit.

Refugees Welcome

Um seine Anti-Roma-Gesetze zu bekommen hat Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich immer nach Kräften bemüht, bei der Veröffentlichung der Asylstatistiken Alarmstimmung zu verbreiten. Es waren Jahre, in denen 70.000, 90.000, 100.000 Asylanträge gestellt wurden. Nun sind es fast zehn Mal so viele und die Bahn lässt für die Flüchtlinge Sonderzüge fahren, der Finanzminister stellt Milliarden in den Staatshaushalt ein, Zeitungen drucken Sondernummern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Banken, PR-Agenturen und Künstlerinnen, Wissenschaftler und Hausfrauen – alle helfen plötzlich Asylsuchenden.



Der kurzer Sommer der Bewegungsfreiheit
Impressionen am Budapester Hauptbahnhof vom August 2015

GOOD LUCK AND
WELCOME TO EUROPE!
FROM THE UK
X

HELP PLEASE



Das kommt nicht von ungefähr. Die Bereitschaft vieler, auch aus zutiefst bürgerlichen Milieus, sich in München, Frankfurt, Fulda, Saalfeld oder Berlin mit Essen, Wasser und Kleidung an die Gleise zu stellen, an denen die „Trains of Hope“ einrollen, ist auch die Folge zwei Jahrzehnte währender Flüchtlingskämpfe. Die Flüchtlinge sind dazu aus der Isolation der Lager herausgetreten. Sie haben langsam, über viele Jahre hinweg, genau die Kontakte geknüpft, die der Staat erklärtermaßen verhindern wollte. Damit haben sie in der Gesellschaft Fuß gefasst. Die letzten Monate sind ihr Sieg: Ein Sieg gegen die Unmenschlichkeit und Isolation des Grenzregimes, erstritten und erkämpft von denen, die ihm unterworfen waren.

Der darauf zurückgehende und heute mancherorts fast Pop gewordene „Refugees Welcome“-Hype ist eine schillernde, ambivalente Gemengelage. In ihr vereinen sich großartige Mitmenschlichkeit und ein gewachsenes Bewusstsein für globale Ungerechtigkeiten mit Paternalismus, Affirmation und Eigennutz. Und gleichzeitig liegt unter allem ein Konsens weiter Teile der Bevölkerung: Migration als solche ist akzeptiert. Das Dogma, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, ist nicht mehr mehrheitsfähig. Und dies dürfte für's Erste nicht revidierbar sein.

Der lange Winter des Grenzregimes

Diese Modernisierung der Gesellschaft aber war fällig. Was daraus aber auf politischer Ebene folgt, ist offen. Sicher ist: Die gesellschaftlichen Spannungen werden deshalb zunehmen. Es ist keine rechte Propaganda, sondern Fakt: Die Flüchtlinge spalten das Land. Das spricht nicht dagegen, dass sie hier sind. Man wird sich aber überlegen müssen, wie man mit ihren Gegnerinnen und Gegnern umgehen will. Es gibt nicht nur die, die an den Erstaufnahmestellen Jacken verteilen, auch wenn deren Zahl gerade unfassbar groß ist. Es gibt auch die „besorgten Bürger“ und ihre neuen Nazibekanntschaften; ein fremdenfeindliches Kontinuum zwischen Pegida und Parteienverdruss, Neuer Rechter und entfremdeter CDU-Klientel, AfD, NPD und Autonomen Kameradschaften. Die Distanz zwischen denen, die in Heidenau, Freital oder Tröglitz auf die Straße gehen und den Institutionen und Medien ist heute größer als damals, genau wie die Gewaltbereitschaft. Das Milieu ist marginalisierter als die schweigende Mehrheit der Neunziger, die die Täterinnen und Täter von Lichtenhagen und Hoyerswerda ermutigt hat. Aber es ist aktiver und vermutlich gefährlicher. Nie zuvor gab es im Nachkriegsdeutschland vergleichbare fremdenfeindliche Mobilisierungen. Bis Mitte November gab es in diesem Jahr

über 500 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, den „Nein zum Heim“-Rassistinnen und -Rassisten nachzugeben, ihnen die Anwesenheit von Flüchtlingen zu ersparen und so national befreite Zonen von oben zu schaffen. Die Antwort wird eine langwierige, ressourcenintensive politische Auseinandersetzung durch Staat und Zivilgesellschaft gleichermaßen sein müssen.

Sie fällt zusammen mit einer Zeit, in der nach dem Sommer der Bewegungsfreiheit der Winter des Grenzregimes anbricht. Der Grundfehler der alten Asylpolitik war die Anti-Integration der Flüchtlinge mit den Mitteln des Asylrechts. Weil man davon ausging, die meisten ohnehin irgendwann wieder abzuschicken, tat der Staat alles, damit die Flüchtlinge gar nicht erst Fuß fassten. Viele aber blieben – und sie blieben deshalb isoliert, entrechtet, marginalisiert. Die Absurdität dieser Praxis ist in den letzten Jahren auch in vielen Institutionen erkannt worden. Es gab und gibt Bewegungen, die in eine andere Richtung weisen: Eine Reihe der Schikanen des Asylkompromisses von 1993 sind zuletzt zurückgenommen oder aufgeweicht worden – auch dies ist vor allem Folge der Flüchtlingskämpfe. Doch diese Tendenz kehrt sich nun offenbar wieder um. Fast alles, was in den letzten Jahren nur als Potentialität einer düsteren Zukunft in vielen Migrationsdebatten aufschien, kommt nun in einem Tempo auf die realpolitische Agenda, die kaum jemand für möglich gehalten hätte: Mehr sichere Herkunftsländer, Asyl-Obergrenzen, totale Leistungsbegrenzung, Internierung im Transit, Internierung an den Grenzen, ein Mehrklassen-Asylsystem, kein Familiennachzug. Im asylpolitischen Rollback – der sich schon vor Keleti angekündigt hatte – scheint jetzt fast alles möglich. Die CSU bejubelt, das „schärfste Asylrecht aller Zeiten“ und ist dabei mit ihren so genannten Reformvorschlägen noch längst nicht am Ende. SPD und Grüne sind voll dabei. Und es ist nicht gesagt, ob die wirklich großen Flüchtlingsankünfte nicht erst noch kommen.<

Christian Jakob
ist Journalist und
schreibt seit vielen
Jahren über
Migration. Er lebt in
Berlin.